

Warschauer Vertrages und den Mitgliedsstaaten der NATO. Sie treten entschieden dafür ein, daß die Kernwaffenmächte, die dies noch nicht getan haben, auf die Erstanwendung von Kernwaffen verzichten.

Im Zusammenhang mit der Aufgabe, die weltwirtschaftlichen Probleme einer Lösung zuzuführen, kommt der Gewährleistung der schnellstmöglichen Aufnahme praktischer Verhandlungen zwischen den Ländern des Warschauer Vertrages und den Ländern der NATO über die Reduzierung der Rüstungsausgaben auf der Grundlage des unlängst von den verbündeten sozialistischen Ländern in ihrem Appell an die Mitgliedsstaaten der NATO unterbreiteten umfassenden und konkreten diesbezüglichen Vorschlages gegenwärtig besondere Bedeutung zu. Eine Vereinbarung über die Reduzierung der Rüstungsausgaben müßte selbstverständlich alle Staaten umfassen, die über ein großes Militärpotential verfügen. Die durch die Kürzung der Rüstungsausgaben frei werdenden Mittel könnten für die ökonomische und soziale Entwicklung, darunter für die Unterstützung der Entwicklungsländer, verwendet werden.

Diese und andere Vorschläge der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu den Fragen der Entspannung und Abrüstung sind allgemein bekannt. Die Mitgliedsländer des RGW sind bereit, aktiv an ihrer praktischen Realisierung mitzuwirken wie auch an der Realisierung konstruktiver Initiativen, die von anderen Staaten ergriffen werden.

Von großer Bedeutung für die Verminderung der Kriegsgefahr, für den Abbau der militärischen Konfrontation könnte der erfolgreiche Abschluß der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende und sicherheitsbildende Maßnahmen und über Abrüstung in Europa sein. Auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bedarf es der gegenseitig vorteilhaften und gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Staaten. Ohne diese Voraussetzung kann keine dauerhafte materielle Grundlage für die Festigung und Vertiefung der Entspannung geschaffen werden.

Getreu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz wenden sich die höchsten Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Staaten und Regierungen der Mitgliedsländer des RGW an alle Völker und Staatsoberhäupter mit dem Aufruf, aktive Anstrengungen zur Entwicklung der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit zu unternehmen.

Die von den sozialistischen Staaten im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in der Organisation der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Foren zu diesen Fragen unterbreiteten Vorschläge behalten ihre Gültigkeit. In Weiterentwicklung dieser Vorschläge rufen die Teilnehmer der Beratung dazu auf, ein Aktionsprogramm zu realisieren, das auf die Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, auf die Gewährleistung der ökonomischen Sicherheit und die Schaffung von Vertrauen auf diesem äußerst wichtigen Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen gerichtet ist.